

<https://www.hrw.org/news/2017/10/23/joint-letter-prime-minister-tsipras-re-deteriorating-conditions-asylum-seekers> (autom. Übersetzung, bearb.v. C.Kittsteiner) :

Gemeinsamer Brief an Premierminister Tsipras wegen Verschlechterung der Bedingungen für Asylsuchende auf den Ägäischen Inseln

Athen, 23. Oktober 2017

Seiner Exzellenz, Herrn Alexis Tsipras
Premierminister der Hellenischen Republik

Sehr geehrter Premierminister Tsipras,

Wir, die unterzeichneten Menschenrechtsorganisationen und humanitären Nichtregierungsorganisationen, schreiben Ihnen wegen unserer tiefen Besorgnis über die sich verschlechternden Bedingungen für Tausende von Frauen, Männern und Kindern, die Asyl beantragen und auf den Ägäischen Inseln im Winter feststecken.

Wir bitten Sie dringend, die derzeitige "Festhaltungspolitik" von eingereisten Asylbewerbern auf den Inseln zu beenden, die nach dem Inkrafttreten der EU-Türkei-Erklärung vom 18. März 2016 eingetroffen sind und die Asylsuchenden unverzüglich auf das Festland zu bringen und ihren Schutzbedarf zu erfüllen, indem Sie ihnen einen angemessenen und würdigen Schutz, Unterkunft und Zugang zu Dienstleistungen bieten.

Wir anerkennen die Bemühungen der griechischen Regierung und die Solidarität des griechischen Volkes gegenüber Asylbewerbern und Migranten in den letzten Jahren. Viele unserer Organisationen haben wiederholt die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, echte gemeinsame Maßnahmen zu unternehmen und die Verantwortung für Asylbewerber und Migranten, die seit 2015 in Griechenland ankommen, untereinander fair aufzuteilen und ihre Menschenrechte zu respektieren. Der enttäuschende Mangel an echter Solidarität und an Engagement für die Verteilung der Verantwortung auf viele EU-Mitgliedstaaten sind jedoch keine Rechtfertigung für den derzeitigen Zustand für Asylbewerber auf den griechischen Inseln.

Seit Inkrafttreten der EU-Türkei-Erklärung wurden die griechischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros zu Orten unbestimmter Haft für Asylbewerber umgewandelt. Tausende von Frauen, Männern und Kindern sind auf diesen Inseln unter miserablen Bedingungen gefangen und viele haben keinen Zugang zu angemessenen und rechtzeitigen Asylverfahren und zu Schutz. Einige, die in den frühen Tagen des EU-Türkei-Abkommens auf den Inseln ankamen, sind dort seit 19 Monaten festgesetzt.

Die jüngsten Zuwächse, die immer noch relativ niedrig sind und von Griechenland und die EU besser verwaltet werden sollten, beinhalten eine beträchtliche Anzahl von Frauen und Kindern und haben die bereits überfüllten Hotspots weiter unter Druck gesetzt. Laut aktuellen Regierungsdaten ist die Situation besonders kritisch in den Hotspots auf Samos und Lesbos, wo insgesamt mehr als 8.300 Menschen in Einrichtungen leben, die für nur 3.000 vorgesehen sind. Wir begrüßen die jüngste Ankündigung, dass in den kommenden Wochen 2.000 Asylsuchende von Samos und Lesbos auf das Festland umgesiedelt werden sollen und hoffen, dass diese Verpflichtung so schnell wie möglich erfüllt wird. Dies reicht jedoch nicht aus, um die derzeitige Überbelegung der Einrichtungen zu lindern, es ändert die systemischen Probleme, die diese Notsituation verursacht haben, nicht nachhaltig. Nur die Aufhebung des Zwangs der geografischen Beschränkung auf die Inseln kann für die Asylbewerber zu einer nachhaltigen Lösung führen. Obwohl im August die weitergehende Umsetzung der Verwaltung der Dienstleistungen auf den Inseln begonnen wurde, ist ein harmonisierter, ganzheitlicher Reaktionsplan noch nicht in Kraft getreten, die Aufnahmebedingungen verschlechtern sich, und die Lücken in den grundlegenden Dienstleistungen, insbesondere in der Medizin, nehmen zu.

Auf Lesbos leben mehr als 5.400 Menschen in überfüllten Zelten und Containern, mit wenig Zugang zu angemessener Unterbringung, Nahrung, Wasser, sanitären Anlagen, Gesundheitsversorgung oder Schutz.

Dutzende von Menschen, darunter auch sehr kleine Kinder, sind in Zelte gepackt, nur mit einem Segeltuch, das Familien voneinander trennt. Die Lebensbedingungen sind besonders hart für schwangere Frauen zu ertragen, sie sehen sich und die Gesundheit ihrer Babys in Gefahr. In Sommercampingzelten, die nicht mehr als zwei Personen beherbergen sollten, befinden sich Familien bis zu sieben Personen. Der Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen und Nahrungsmitteln ist für viele Menschen mit körperlichen Behinderungen besonders schwierig - zum Beispiel können Rollstuhlfahrer diese grundlegenden Dienste nicht erreichen. Einzelne Frauen in den Hotspots berichten von Schikanen einiger Männer. Und einige Asylsuchende haben ihr Asylgespräch absolviert, ohne dass die erforderliche Gefährdungsbeurteilung entscheidend für die Bestimmung des für sie verfügbaren Asylweges und für die Sorgfalt war, die sie benötigen, um eine weitere Verschlechterung ihrer Gesundheit zu verhindern. Diese Bedingungen haben verheerende Auswirkungen auf das langfristige Wohlergehen der Menschen, die dort gefangen sind.

Eine Reihe von Menschenrechts- und humanitären Nichtregierungsorganisationen, darunter Ärzte ohne Grenzen und Human Rights Watch, haben die Auswirkungen dieser Bedingungen auf die psychische Gesundheit von Asylbewerbern und Migranten dokumentiert - darunter auch Fälle von Selbstverletzung, Selbstmordversuche, Angstzustände, Aggressionen und Depressionen. Fachleute, die mit den Asylsuchenden interagieren, merken an, dass in vielen Fällen der psychologische Stress, den sie durch die Politik erleiden, sie auf den Inseln "aufzubewahren", verschärft wurde, was auch ihren Zugang zu angemessener Unterstützung und psychischer Gesundheitsversorgung behindert. Die Umsetzung der EU-Türkei-Erklärung ist für Beamte der EU und Griechenlands eine Begründung für die Rückhaltungspolitik. Aber Asylbewerber zu zwingen, unter Bedingungen zu leben, die ihre Rechte verletzen und die für ihr Wohlergehen schädlich sind, können wegen der Folgen für deren Gesundheit und Würde nicht gerechtfertigt werden. Während wir uns dem dritten Winter nähern, seit Ankünfte in größerem Maße auf den Inseln begonnen haben und dem zweiten Winter seit dem Inkrafttreten der EU-Türkei-Erklärung, ist offenkundig, dass die griechischen Behörden die Grundanforderungen nicht erfüllen und die Asylrechte schützen können, wenn sich die um Asyl Bewerbenden auf den Inseln bleiben. Griechenland hat die Verantwortung, die Menschenrechte von Frauen, Männern und Kindern, die auf den Inseln ankommen, zu schützen. Dies kann nur dadurch erreicht werden, dass die derzeitige Politik der Festsetzung der Flüchtlinge beendet und Asylbewerber auf das Festland gebracht werden, damit ihnen angemessene Unterkünfte und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden können, um ihren Bedürfnissen gerecht zu werden und um den Zugang zu fairen und effizienten Asylverfahren zu erreichen.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bleiben für Sie für weitere Diskussionen mit Ihrer Exzellenz oder einem zuständigen Regierungsbeamten in dieser wichtigen Angelegenheit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

ActionAid

Greek Forum of Refugees

Oxfam

Advocates Abroad

Greek Helsinki Monitor

Praksi

Aitima

Hellenic League for Human Rights

Amnesty International

Human Rights Watch

Care

Solidarity Now

Danish Refugee Council

International Rescue Committee

International Federation for Human Rights (FIDH)

Jesuit Refugee Council

Greek Council for Refugees (The Greek Council for Refugees endorses the text, within the framework of its actions and scope)

Lesbos Legal Center

Norwegian Refugee Council

